



Eine Einheit der Bundesluftwaffe, ausgerüstet mit Flugabwehrraketen des Typs „Hawk“ in der Nähe von Delmenhorst in den 1970er Jahren. Ein Soldat kontrolliert am Radarschirm im AN/TSW-11 Battery Control Central (Feuerleitstand) der Batterie die Flugbewegungen.

Lösung mit hoher Todesrate

Seit 1958 wusste man bei der Bundeswehr, dass Soldaten, die an Radargeräten arbeiten oder Dienst tun, einer gesundheitsschädlichen Strahlendosis ausgesetzt sind.

Von Frank Jungbluth

Seit 2001 streitet Dietmar Glaner mit seinen Mitstreitern vom Bund zur Unterstützung Radarstrahlengeschädigter Deutschland e.V. für die Anerkennung der durch den gefährlichen Dienst ausgelösten Radar-Krankheiten als Wehrdienstbeschädigung und fordert auch Entschädigung für die Folgen für die Kinder von Radarsoldaten in West und Ost, die behindert oder verstümmelt geboren worden sind. Während das Thema in der Nationalen Volksarmee im wahrsten Sinne des Wortes totgeschwiegen wurde, um den Waffenlieferanten UdSSR nicht zu brüskieren und den Bruderstaat nicht zu diskreditieren, häuften sich bei der Bundeswehr die Beschwerden und schon in den 1980er Jahren stritten die ersten Soldaten um ihre Anerkennung und für Schadenersatz.

500 Millionen Euro würde es kosten, wenn man alle Soldaten, die einen entsprechenden Antrag stellen würden, entschädigen wollte. Das hat der heutige Vorsitzende des Vereins Radarstrahlengeschädigter,

Oberstabsfeldwebel Dietmar Glaner, dem früheren – inzwischen verstorbenen – Bundesverteidigungsminister Peter Struck vor mehr als 15 Jahren vorgerechnet. Struck folgte auf den Parteifreund Rudolf Scharping, der im Juli 2002 entlassen worden war. Scharping hatte zur Gründung des Vereins, in diesen Tagen vor 20 Jahren, noch versprochen, unbürokratisch, schnell und streitfrei zu helfen, wie es damals hieß. Sein Versprechen hat er so nie eingelöst.

Vor 20 Jahren spekulierten nicht wenige Betroffene, 5600 haben mit einem Antrag

auf Wehrdienstbeschädigung Gerechtigkeit gesucht, man warte wohl im Bundesverteidigungsministerium auf die „biologische Lösung“ des viele Millionen Euro teuren „Problems“. Sieht man heute auf die Zahlen, haben nicht wenige Recht behalten. Die Zahlen der Betroffenen sinken und damit die der Anträge. Das liegt schlicht daran, dass die meisten derer, die Opfer des ungeschützten Beschusses mit Röntgenstrahlen waren, in den 1960er und 1970er Jahren ihren Dienst in der Bundeswehr oder der Nationalen Volksarmee geleistet haben. Diese Opfer sind heute alle jenseits der 70er Jahre ihres Lebens angelangt, sie sind oft stark beeinträchtigt, schwer krank, sie warten – wenn man es genau nimmt – auf den Tod.

Auch deshalb hat Oberst a.D. Bernhard Gertz, der im Jahre der Gründung des Unterstützungsvereins Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes war, angesichts des damaligen Verhaltens in mancher Behörde bei Klageverfahren von Soldaten davon gesprochen, dass solches Gebaren „menschenverachtend“ sei.

Für Dietmar Glaner und seinen Verein geht 20 Jahre nach der Gründung der Kampf weiter. Lesen Sie auf den folgenden Seiten unseres Schwerpunktes, was schon erreicht wurde, und was noch zu erreichen ist.

Foto: picture-alliance/dpa



Rudolf Scharping (SPD) versprach als Bundesverteidigungsminister schnelle und streitfreie Hilfe für Radarstrahlengeschädigte. Das Versprechen wurde nie gehalten. Die Opfer müssen bis heute streiten.